



Regierungsratsbeschluss vom 23. September 2014

Anhörung zur Verordnung über Anpassungen im Umweltbereich: Weiterentwicklung der Programmvereinbarungen für die Programmperiode 2016-2019

P140997

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Umwelt.

Begründung

Der Regierungsrat heisst in der Anhörung die vom Bund vorgeschlagenen Anpassungen der Verordnungen im Umweltbereich weitgehend gut, welche die Weiterentwicklung der Programmvereinbarungen für die dritte Programmperiode 2016-2019 ermöglichen sollen. Nicht einverstanden ist der Regierungsrat mit der vorgeschlagenen Senkung des Bundesbeitrags an Schallschutzfenster von 400 auf 200 Franken. Der Kanton trägt bereits heute die finanzielle Hauptlast für den Einbau von Schallschutzfenstern. Ein ausreichender Bundesbeitrag leistet jedoch einen wichtigen Beitrag an die Realisierung der Massnahmen. Eine Kürzung der Mittel würde anstatt der vom Bund angesprochenen Verlagerung auf Massnahmen an der Quelle (z.B. lärmarme Strassenbeläge) sehr wahrscheinlich zu einer Rückstellung von Sanierungsvorhaben führen.

